

Haushalt 2017/2018  
Stellungnahme der **SPD**-Fraktion

Dr. Hans-Peter Rathjens

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin, meine Damen und Herren,

heute entscheidet die Stadtverordnetenversammlung über den Haushaltsentwurf 2017/2018. Im Gegensatz zu früher liegt uns nun ein Entwurf für zwei Haushaltsjahre vor. Zuletzt gab es einen Doppelhaushalt unter dem früheren Bürgermeister Detlev Brechtel – dies ist der erste Doppelhaushalt, den Sie, Herr Bürgermeister Alber, im Namen des Magistrats und in Ihrer Funktion als Kämmerer ins Parlament eingebracht haben.

Meine Damen und Herren, in den letzten Wochen kam immer wieder die Frage auf, ob ein Doppelhaushalt überhaupt ein geeigneter Ansatz für die finanzpolitische Planung unserer Kommune sei. Aus Sicht der SPD-Fraktion kann ein solcher Weg beschritten werden, zumal auch andere Kommunen sich hierfür entschieden haben und auch die große Koalition aus SPD und CDU für den Wetteraukreis einen Doppelhaushalt vorgelegt hat. Der entscheidende Vorteil ist, dass Ressourcen in der Verwaltung freigesetzt werden, die später in der konkreten Umsetzung und Abarbeitung der Haushaltsvorgaben wesentlich effizienter eingesetzt werden können. Auch bleibt mehr Zeit für das Parlament und die Gremien, sich dem Haushaltsvollzug und der Kontrolle zu widmen. Dies gilt insbesondere für die Vielzahl der anstehenden Investitionsprojekte, die den Stadtverordneten Kraft und Einsatz abverlangen werden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Alber, bei Einbringung des Haushalts haben Sie mich persönlich angesprochen und sich für den Einsatz der SPD-Fraktion bei der Haushaltskonsolidierung bedankt. Haushaltskonsolidierung ist ein schwieriger, ein schmerzhafter und ein langwieriger Prozess - ein Prozess, der eher bei den Wählern auf der Soll- denn auf der Habenseite niederschlägt. Hier gilt, was Manfred Rommel einmal sinngemäß so formuliert hat: „Wer heute unpopuläre Entscheidungen vermeidet, wird morgen unpopuläre Zustände haben.“

Neben der SPD, FWG und puR, Herr Bürgermeister, haben aber auch CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, ja selbst Herr Welker von den Piraten zur Konsolidierung des Haushalts beigetragen. Dies zu erwähnen, gebietet die Fairness im Umgang miteinander. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie Dr. Hoffmann – zu jener Zeit

war Herr Brechtel noch Bürgermeister – in einer HaFi-Sitzung sagte, als es um die ersten schmerzhaften Haushaltskonsolidierung ging und die Optimierung des Fax-Einsatzes nun wirklich ausgeschöpft war: „Die FDP trägt eine Anhebung der Gewerbesteuer mit.“ Ich fand das zu jener Zeit sehr bemerkenswert. In den Jahren danach haben wir – also das Parlament in seiner Gesamtheit - uns dann in mehreren Runden immer wieder zu Konsolidierungsrunden aufgefordert. Die Früchte können wir jetzt ernten.

Eine Bitte noch vorweg, Herr Bürgermeister: Ab und zu mal die Fraktionsvorsitzenden zu einem gemeinsamen, vertraulichen Gespräch einzuladen, ist dem politischen Klima in Rosbach sicherlich sehr zuträglich. Dass Sie als Bürgermeister hier in einer etwas schwierigen Lage sind, ist mir bewusst. Aber diesen Spagat zwischen Kooperation auf der einen Seite und der parlamentarischen Auseinandersetzung auf der anderen Seite – diesen Spagat sollte und muss ein Bürgermeister aushalten. Und wenn es dann sogar noch gelingt, zwar die Überdachung eines Vorplatzes anzudiskutieren, dieses jedoch geräuschlos und rasch wieder zu verwerfen, dann hat sich ein solches Treffen schon gelohnt. Vertraulichkeit ist dabei eine notwendige Voraussetzung – das gilt natürlich für alle Beteiligten.

Meine Damen und Herren, nun zum Haushalt! Die Finanzlage der Stadt Rosbach hat sich erfreulicherweise spürbar gebessert. Wir haben einen deutlichen Sprung nach vorne bei der Haushaltskonsolidierung erreicht. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der Entwicklung der Rücklagen: Beliefen sich diese Anfang 2016 auf 1,8 Mio. € werden sie Ende 2019 auf 2,4 Mio. € klettern – sofern alles gut geht. Dies ist ein Puffer für wieder schwierigere Zeiten, die mit Sicherheit irgendwann wieder auf uns zukommen werden. Die Sorgenfalten mit Blick nach vorne sind also weniger geworden, sie sind natürlich noch nicht ganz verschwunden.

Sofern die naturgemäß mit Unsicherheit behafteten Planansätze aufgehen, wird die Stadt in 2017 einen Überschuss von 136.600 € erwirtschaften, der sich dann in 2018 auf 397.500 € und auf 481.700 € in 2018 steigert. In 2020 sinkt er wieder auf 92.100 €. Positiv ist hierbei hervorzuheben, dass bei der Gewerbesteuer weiterhin das kaufmännische Vorsichtsprinzip gilt: Der Planung zugrunde liegt der Durchschnittswert der tatsächlich veranlagten Gewerbesteuer der vergangenen 7 Jahre, bereinigt um das beste und schlechteste Jahr. Da die Gewerbesteuer eine wichtige Einnahmequelle ist, wird durch dieses Prinzip eine Beschönigung der Finanzlage verhindert. Skeptischer bin ich schon, ob wir jedes Jahr Zinseinnahmen von 60.000 € aus Gewerbesteuernachzahlungen erhalten – uns also die Hoffnung

auf 1 Mio. Gewerbesteuernachzahlung machen sollten - und wir jedes Jahr 20.000 € als Zinsaufwand aus Gewerbesteuernachzahlungen erstatten müssen.

Ob wir jedes Jahr 110.000 € als Bußgelder und Verwarnungen auf der Einnahmenseite verbuchen können, bleibt abzuwarten. Und ob die anderen Einnahmequellen tatsächlich so kräftig sprudeln wie in der mittelfristigen Finanzplanung unterstellt, zumindest kann man hier und da ein kleines Fragezeichen hinter den an den Orientierungsdaten des Landes angelehnten Annahmen machen: So soll der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 8,5 Mio. € in 2016 auf 10,1 Mio. € in 2020 und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in diesem Zeitraum von 590.000 € auf 985.00 € steigen. Ich bin mir bewusst: Jede Planung muss mit Annahmen leben, aber sie müssen hinterfragt und im Verlauf des Haushaltsjahres angepasst werden und gegebenenfalls in einem Nachtragshaushalt ihren Niederschlag finden. Das Vorsichtsprinzip ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft und macht die Fragilität der Planungen deutlich. Dies gilt auch gerade, was die Zinsseite anbelangt: Vermutlich werden wir in der zweiten Jahreshälfte 2018 erste Zinsschritte der EZB nach oben sehen und die Zeiten billigen Geldes sind dann für lange Zeit vorbei. Deshalb, Herr Bürgermeister, ist es auch wichtig, bei der Beurteilung der finanziellen Gesamtlage einer Stadt Höhe und zeitliche Inanspruchnahme des Kassenkredits mit zu berücksichtigen. Dies nicht zu tun, wäre finanzpolitisch verantwortungslos. Die Anhebung der Leitzinsen könnte sich als der größte finanzielle Schock für die Kommunen in 2018 herausstellen. Aber in einer Position haben wir sicherlich noch Luft nach oben: Laut Finanzplanung liegt die Hundesteuer in den nächsten Jahren bei stabilen 54.000 €. Ich gehe davon aus, dass in die Neubaugebiete auch Hundebesitzer ziehen werden und dieser Ansatz sicherlich noch nach oben korrigiert wird.

Zentral für die heutige Haushaltsdebatte ist die Ausweitung des Stellenplans. Die SPD-Fraktion wird diese Ausweitung mittragen: Es hat hierzu umfangreiche Erhebungen und Vergleiche seitens der Verwaltung gegeben, die eine Aufstockung rechtfertigen. Die Aufgaben für die Kommunen werden nicht weniger, sondern sie werden mehr! Unsere Gemeinde wächst, was per se ein höheres Verwaltungsvolumen nach sich zieht. Hinzu kommt auch, dass Aufgaben vom Kreis auf die Gemeinde übertragen werden, wie z.B. die Gewerbeaufsicht. Die Erschließung von Bau- und Gewerbegebieten ist mit erhöhtem Arbeitsaufwand verbunden. Der Vorschlag des Magistrats sieht insgesamt einen zeitlich gestreckten Aufbau der Planstellen vor, was eine angemessene Vorgehensweise ist. Die Gefahr der Aufblähung ist zwar gegeben, aber begrenzt, zumal das Parlament einen Stellenplan wieder revidieren kann, und es immer eine natürliche Fluktuation gibt.

Dem Magistrat kommt natürlich hier eine besondere Verantwortung zu, nämlich dafür Sorge zu tragen, dass das Gleichgewicht zwischen Anforderungen an die Verwaltung und adäquater Aufgabenerfüllung durch entsprechende Personalausstattung gewahrt wird. In einem Punkt gehen SPD, FWG und Stimme aber über den Magistratsvorschlag hinaus und sehen dringenden Handlungsbedarf: Uns ist wichtig, dass das Ordnungsamt um eine Person aufgestockt wird, diese schwerpunktmäßig im Außendienst tätig und vor Ort bei den Bürgerinnen und Bürgern als Ansprechpartner präsent ist. Daher der gemeinsame Antrag von den drei Parteien zu diesem Punkt.

Das Thema Kinderbetreuung bleibt eines unserer zentralen Anliegen. Strukturelle Anpassungen und schmerzhaftes Gebührenerhöhungen wurden vorgenommen. Bei der Ü3-Kinderbetreuung dürfte jetzt der 1/3-Kostendeckungsgrad durch direkte Elternbeiträge erreicht sein – dabei sollte es dann auch bleiben und nicht mehr überproportional an der Gebührenschaube gedreht werden. Bei der U3-Kinderbetreuung ist es sicherlich illusorisch, auf einen Kostendeckungsgrad von einem Drittel zu kommen. Dies würde die Finanzkraft vieler Familien sprengen. Insgesamt setzen wir auf ein stärkeres finanzielles Engagement vom Bund und natürlich vom Land Hessen, das ja bekanntlich von einer Koalition aus CDU und Grünen reagiert wird. Es wäre schon ein gewaltiger Fortschritt, wenn den Kommunen die tatsächlich anfallenden Kosten für das letzte, gebührenfreie Kindergartenjahr erstattet würden. Es wird sehr viel von der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse gesprochen – fangen wir doch einfach mal bei der Kinderbetreuung damit an. Die Stadt Rosbach fördert ihre Kinder mit jährlich ca. 3,8 Mio. € - eine sehr, sehr hohe finanzielle Leistung. Über fünf Jahre sind das 19 Mio. €

Noch ein paar Anmerkungen zu dem Investitionsprogramm. Den Schuldenstand werden wir nur dann reduzieren können, wenn die geplanten Bau- und Gewerbegebiete konsequent, entschlossen und rasch umgesetzt werden. Sollte sich die Zinslandschaft in 2018 ändern, besteht das Risiko, dass sich die Baunachfrage sehr schnell dreht und sich die eine oder andere Planung sowie die Einnahmeerwartungen in Luft auflöst. Die SPD-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zu den Baugebieten "Die Sang" und zu den „Obergärten II“. Die Anfragen von vielen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt und von außerhalb zeigen, dass eine hohe Nachfrage nach neuem Wohnraum besteht und Baugrundstücke rasch vermarktet werden können. Zusätzlich hat sich der Druck durch die Aufnahme von Flüchtlingen erhöht und immer mehr Menschen ziehen in die Ballungsräume. Dem hat die hiesige Kommunalpolitik Rechnung zu tragen. Die SPD-Fraktion hat sich dafür stark

gemacht, dass im Investitionsprogramm Mittel in Höhe von 2 Mio. € für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden!

Aber die SPD-Fraktion bekennt sich nicht nur zu der Entwicklung der Wohnungs-, sondern auch zur Entwicklung der Gewerbegebiete. Bei den Gewerbegebieten sind schon große Fortschritte erzielt worden. Mit Blick nach vorne steht aus unserer Sicht nach dem Bauabschnitt West nun der 2. Bauabschnitt Ost im Fokus mit den Schritten Grunderwerb, Erschließung und anschließende Vermarktung. Sofern sich die Planungen realisieren, können hier bis Ende 2020 Grundstückserlöse von 6 Mio. € verbucht werden. Erlöse, die unserem Stadtsäckel sehr gut tun.

Noch ein abschließender Blick auf die Verschuldung der Stadt. Nach meiner Einschätzung sind sowohl die kurz- als auch die langfristigen Verbindlichkeiten in die Betrachtung mit einzubeziehen. Ich fühle mich immer noch an das Versprechen an die Wählerinnen und Wähler gebunden, dass wir die Zunahme der Verschuldung aufgrund des Baus des Sportzentrums Rodheim mittelfristig wieder zurückführen. Sollte es tatsächlich gelingen, die Verschuldung bei den investiven Krediten von geplanten 26,9 Mio. € in 2019 auf 10,9 Mio. € in 2020 zurückzuführen, so wäre dies eine finanzpolitisch hervorragende Leistung: Haushalt konsolidiert, Schulden abgebaut, gleichzeitig kräftig investiert und die Stadt weiterentwickelt. „Sanieren und investieren – das bleibt das Kernmotto auch für die nächsten Jahre! Und dann noch ein Finanzpolster von knapp 2,5 Mio. € zu haben, um dem Auf und Ab der Konjunktur zu trotzen. Besser geht es nun wirklich nicht mehr!

Meine Damen und Herren, ich fasse kurz und knapp zusammen: „Die SPD-Fraktion wird dem vorgelegten Haushalt zustimmen.“